



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/87

Hannover, den 27. Juli 1949

Parolen und Überzeugungen

Von Willy Brandt, Berlin

Wir erleben in diesem Wahlkampf, dass sich die CDU als eigentliche Trägerin des Widerstandes in der Ostzone in Erinnerung zu bringen versucht. Um diesen sachlich vollkommen in der Luft hängenden Anspruch zu unterbauen, ist Dr. Adenauer dazu übergegangen, den Sozialdemokraten vorzuwerfen, sie hätten sich in der Ostzone "gleichgeschaltet" und eine gemeinsame Abwehrfront verhindert.

Tatsache ist, dass die Sozialdemokraten - vor allem auch nach der Zwangsvereinigung von 1946 - einen zähen und tapferen Widerstand entfaltet haben, der in der ganzen Welt anerkannt ist und der tausende sozialdemokratischer Männer und Frauen in die Folterkeller, Gefängnisse und Konzentrationslager geführt hat.

Tatsache ist auch, dass die CDU und die Liberal-Demokraten während dieser Jahre in der Ostzone Blockpolitik mit der SED betrieben haben. Das ist kein Vorwurf gegen ihre Mitglieder. Aber wann hat irgendeiner der ostzonalen CDU-Führer gegen die Verfolgung der Sozialdemokraten, die ihnen bekannt war, laut und vernehmlich protestiert?

Tatsache ist weiter, dass sich Nuschke und andere ostzonale Nuschkoten wiederholt bei CDU-Führern des Westens herumgedrückt haben. Das ist eben der Unterschied, den Adenauer nicht wahrhaben will: Er möchte der Sozialdemokratie den Benegaten Grotewohl in die Schuhe schieben, der beim Parteivorstand in Hannover gar nicht erst die Treppe heraufkommen würde, während man bei der CDU mit Sandboten des Ostens Kaffeekränzchen veranstaltet, als ob nichts passiert wäre.

Tatsache ist schliesslich, dass die SPD niemals eine gemeinsame Abwehrfront abgelehnt hat, wohl aber eine sogenannte "nationale Repräsentation", die eine Anerkennung der widerrechtli-

chen Verhältnisse in der Ostzone bedeutet hätte. Die Sozialdemokratie hat von Anfang freie Wahlen, freie politische Betätigung, Freilassung der politischen Gefangenen und die Auflösung der Konzentrationslager gefordert. Solange diese Vorbedingungen nicht erfüllt sind, hat ein Gespräch mit den gegenwärtigen Vertretern der Ostzone keinerlei Sinn. Ob es hinterher noch zustandekommt, ist darum sehr fraglich, weil die meisten es vermutlich vorziehen werden, sich rechtzeitig in volksdemokratische Sicherheit zu bringen.

Die nationalpolitische Konzeption der Sozialdemokratie drückt sich in der Parole "Einheit in Freiheit" aus. Sie muss nicht nur gegen Nationalbolschewisten und Rechtenationalisten durchgesetzt werden, sondern auch gegen jene schwankenden Gestalten, deren biodemagogische Gesten nicht über den Mangel einer klaren demokratischen Politik hinwegtäuschen können. Mit dem "mal so - mal so" lassen sich die vor uns liegenden Schicksalsfragen nicht beantworten. Neben den wohlmeinend Naiven und den betriebsamen Opportunisten handelt es sich um die nicht zu unterschätzende Riege derer, denen das Geschäft grundsätzlich höher steht als irgendein Prinzip. Und dann gibt es noch die Überschlauen, die sich einbilden, erst die Westmächte durch Teufelsmächtel mit den Russen ausstechen und in einer späteren Runde den Russen das Fell über die Ohren ziehen zu können.

Bei diesen Fragen kommt es darauf an, dass nicht gemuschelt wird, sondern dass klare Verhältnisse geschaffen und unserm Volk sichtbar gemacht werden. Gerade das aber haben jene Herren mit Einschluss führender Vertreter der CDU und der Frankfurter Wirtschaftsverwaltung versäumt, die sich in Godesberg und bei anderen Gelegenheiten um ein Gespräch mit dem Osten bemühten. Im Kern läuft ihr Bemühen auf die Vorstellung eines neuen Rapallo hinaus. Die Verhältnisse haben sich aber vom Ende des ersten zum Ende des zweiten Weltkrieges derart gewandelt, dass die rein materiellen, machtmässigen Voraussetzungen einer solchen Politik nicht mehr gegeben sind. Aber nicht nur darum sind die Sozialdemokraten dagegen, sondern auch darum, weil sie von der Diplomatie alter Schule nichts mehr wissen wollen. Wir wollen nicht mehr das Ausspielen des einen gegen den andern, bei dem die sich heute so klug Dünkenden schliesslich vor aller Welt als betrogene Betrüger dastehen werden. Vor ihrem Schicksal sollte unser Volk bewahrt bleiben.

Es war gut, daß kein Sozialdemokrat in Godesberg dabei war. Die Sozialdemokraten werden dabei sein, wenn über ernsthafte Lösungsmöglichkeiten ernsthaft beraten wird. Die deutsche Einheit in Freiheit kann nicht ersogelt, sie muss im Namen des Rechts und der Gerechtigkeit politisch erkämpft werden. Nicht Parolen bestimmen das Schicksal eines Volkes, sondern Überzeugungen.

= = = = =

In kurzen Abständen veröffentlichen wir sehr knapp und allgemeinverständlich gehaltene Betrachtungen über Wesen und Bedeutung der künftigen Bundesorgane.

Die Redaktion

Der Bundestag

=====
Von Dr. Georg Diederichs

Der Bundestag, die hervorragendste Körperschaft des auf der Basis des Bonner Grundgesetzes zu schaffenden Bundes, ist das einzige unmittelbare Organ der Gesetzgebung auf der Ebene der Bundesrepublik Deutschland.

Unmittelbar, weil seine Abgeordneten - etwa vierhundert in freier, gleicher, geheimer, allgemeiner und unmittelbarer Wahl von deutschen Staatsbürgern bestellt werden. Der Bundestag ist vergleichbar dem Reichstag von Weimar, allerdings - leider - mit der Einschränkung, dass seine Zuständigkeiten erheblich geringer sind, und dass die Unmittelbarkeit der Gesetzgebung zwei wesentliche Grenzen findet

- a) in der zweiten Kammer, die als Bundesrat in dem Bonner Grundgesetz festgelegt ist, und den föderativen Faktor der Gesetzgebungsorganisation repräsentiert und
- b) in dem Besatzungsstatut, das für die Dauer der Besetzung eine Reihe von Zuständigkeitsvorbehalten für die Alliierten in "Ausübung ihrer obersten Gewalt" macht.

Trotzdem stellt dieses deutsche Bundesparlament den zentralen und bedeutendsten Faktor kommender deutscher Gesetzgebung dar. In öffentlichen Versammlungen, in geschlossenen Ausschusssitzungen und Einzelberatungen werden hier alle Gesetze beraten, geformt und beschlossen.

Jedoch nicht definitiv, denn den anderen Gesetzgebungsfaktoren, Bundesrat und Bundesregierung sowie Bundespräsident, fallen je nach der Art und Materie der Verhandlungsgegenstände verschiedene Grade der Mitwirkung zu. Das Zweikammersystem - in erster Linie eine Forderung der Alliierten, aber auch aller stark föderalistisch eingestellten Kräfte der Rechten mit oftübertriebenem Länderegoismus - macht die Entscheidungen der Volksvertretung in verschiedenem Grade von Zustimmung oder Ablehnung der Länderregierungen abhängig. Das Schwergewicht aller Entscheidungen möglichst in das Zentralparlament, die eigentliche Volksvertretung zu legen, war und bleibt die Tendenz der SPD, nicht zuletzt aus der Erkenntnis, dass grosse gesamtdeutsche Fragen, wie Finanzausgleich, Lastenausgleich, Wohnraumschaffung und Vertriebenenproblem nur von starken Bundesorganen zu lösen sind. Mitteilbar aus dem Bundestag gehen die Bundesregierung und der Bundespräsident hervor. Völlig getrennt vom Bundesparlament und ohne dessen Mitwirkung konstituiert sich der Bundesrat als zweite Kammer, ein verlängerter Arm der elf Landesregierungen.

Das politische Gesicht kommender deutscher Aufbauarbeit wird natürlich entscheidend von der Zusammensetzung des Bundestages abhängen. Der Sonderabschnitt des Grundgesetzes über "Die Gesetzgebung des Bundes" regelt in zwölf Artikeln umfassend die Möglichkeiten von Rechtsschöpfung und Gesetzesinitiative. Die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag werden die Schwerpunktlage - hier Landesgesetzgebung, hier Bundesgesetzgebung - erheblich beeinflussen, ganz abgesehen von den Grundlagen dieser Regelung, die das Bonner Grundgesetz geschaffen hat. Ob die nächsten Jahre eine Lösung nach den Sonderinteressen der Länder bringen werden, ist die grosse Ungewissheit des 14. August. Auch ohne parteipolitische Voreingenommenheit sollte die Entscheidung in dieser Frage nicht schwer fallen. (m/B7/267/1/he)

=====

385 sozialdemokratische Bundestags-Kandidaten

(sp) Von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sind für die Wahlen zum Bundestag am 14. August insgesamt 385 Kandidaten nominiert worden. In dieser Zahl sind diejenigen Kandidaten nur einmal enthalten, die sowohl im Wahlkreis wie auf der Landesliste genannt sind. Die 385 Kandidaten verteilen sich auf die verschiedenen Zonen und Länder wie folgt:

<u>Land:</u>	<u>Wahlkreis:</u>	<u>Landesliste:</u>	<u>Insgesamt:</u>
Süd-Baden	7	15	16
Süd-Württemberg	6	7	11
Rheinland-Pfalz	<u>15</u>	<u>25</u>	<u>28</u>
<u>Französische Zone</u>	<u>28</u>	<u>47</u>	<u>55</u>
Schleswig-Holst.	14	25	32
Niedersachsen	34	30	50
Nordrh. Westfalen	66	50	90
Hamburg	0	13	13
<u>Britische Zone</u>	<u>122</u>	<u>118</u>	<u>185</u>
Württemberg-Baden	20	17	24
Hessen	22	36	56
Bayern	47	47	59
Ermen	<u>3</u>	<u>6</u>	<u>6</u>
amerikanische Zone	<u>92</u>	<u>106</u>	<u>145</u>
<u>Drei Westzonen</u>	<u>242</u>	<u>271</u>	<u>385</u>
===	===	===	===

Frauen als SPD-Spitzenkandidaten

(sp) Unter den sozialdemokratischen Kandidaten zum Bundestag befinden sich zahlreiche Frauen. Frau Anni Krahnatöver, Kiel, Mitglied des Wirtschaftsrates, führt die Landesliste der SPD in Schleswig-Holstein an und kandidiert ausserdem noch im Wahlkreis Pinneberg. Frau Dr. Elisabeth Selbert, Kassel, bekannt durch ihren

Kampf um die Gleichberechtigung der Frau im Parlamentarischen Rat in Bonn, kandidiert an der zweiten Stelle der hessischen Landesliste der SPD, Frieda Nadig, die sich in Bonn besonders für die Rechte des unehelichen Kindes eingesetzt hat, ist als SPD Kandidatin im Wahlkreis Bielefeld-Stadt aufgestellt, und Frau Lisa Korspeter, Mitglied des Wirtschaftsrates, kandidiert für den Wahlkreis Gelle. Die Sekretärin des Textilarbeiterverbandes, Liesel Kipp-Kaule, steht auf der SPD-Landesliste für Nordrhein-Westfalen und die Frauensekretärin des württembergischen Gewerkschaftsbundes, Clara Döhning, ist die SPD-Kandidatin für den Wahlkreis Stuttgart I. Ihr Gegenkandidat ist der Vorsitzende der FDP, Theodor Heuss.

- - - - -

"Pathologisch schwachsinnig"

(sp) Auf einer Wahlkundgebung der CDU in Hannover glaubte Wirtschaftsdirektor Prof. Dr. Erhard, den niedersächsischen Staatsminister Alfred Kubel einen "pathologisch Schwachsinnigen" nennen zumüssen. Dieser "pathologisch schwachsinnige" Minister Kubel besitzt indessen einen Brief des gleichen Prof. Dr. Erhard, in dem ihn dieser als "kongenialen Geist" begrüsst. Prof. Erhard hat demnach die Wahl, ebenfalls als pathologisch Schwachsinniger oder als im höchsten Grade unaufrichtig zu gelten.

- - - - -

Die Wahlgelder des Herrn Dr. Pferdenges.

(sp) Fritz Heine vom Parteivorstand der SPD richtete vor kurzem an Dr. Robert Pferdenges, Köln, ein Schreiben, in dem er auf die Pressemeldung hinwies, dass unter dem Vorsitz von Dr. Pferdenges ein Konsortium zur Sammlung eines Betrages von vier Millionen DMark aus Kreisen der Industrie, des Grosshandels usw. gebildet wurde. Mit diesen vier Millionen DMark sollte der Wahlkampf für die erste Bundestagswahl finanziert und der Betrag aufgeschlüsselt auf die Frankfurter Wirtschaftsmehrheit der CDU/CSU - FDP - DP verteilt werden. "Falls diese Informationen den Tatsachen entsprechen, erblicken wir darin", so schrieb Fritz Heine, "den Versuch eines Kreises von Industriellen, Grossbanken und des Grosshandels, mit Hilfe von Millionenbeträgen bestimmte Abgeordnete in das Parlament zu bringen, die zwangsläufig den Verdacht ausgesetzt sind, den Interessen ihrer Geldgeber zu dienen, obwohl diese Abgeordneten nach dem Willen des Gesetzgebers allein ihren Wählern verantwortlich sein sollen." Fritz Heine bat um eine Stellungnahme zu diesen Pressemeldungen und um die Einstellung der Vorbereitungen für einen derartigen Wahlfonds, wenn die fraglichen Behauptungen den Tatsachen entsprechen.

In seiner Antwort erklärte Dr. Pferdenges, dass ihm von einem derartigen Konsortium nichts bekannt sei. Er habe aber selbstverständlich seine Freunde gebeten, ihm einen Beitrag für den Wahlfonds der CDU, deren Mitglied er sei, zu leisten und werde das auch weiter tun. Er sammle im übrigen bei seinen Freunden für die kommende Wahl

P/IV/87

- 6 -

27. Juli 1949

für den Teil des Volkes, der in der Planwirtschaft ein Verhängnis für die Gesundheit des deutschen Volkes sehe. Damit gibt also Dr. Pferdenges zu, dass er mit der Sammelbüchse bei der Industrie und dem Grosshandel, denn nur dort sitzen seine Freunde, hausieren geht. Darauf allein aber kommt es an! (m/Bl/277/3/he)

SMA befiehlt Kolchosen in Sachsen

Aus der Ostzone wird uns geschrieben:

Im Gegensatz zu den Behauptungen der kommunistischen SEP-Zentrale, dass alle "Gerüchte" über eine neue Bodenreform in der sowjetischen Besatzungszone nicht den Tatsachen entsprechen würden, wird die Kollektivierung der Ostzonenlandwirtschaft radikal vorwärtsgetrieben. Sachsen, das "Musterländle" für Bolschewisierungsmethoden, hat hierzu die ersten Geheimanweisungen von SMA und SEP-Zentrale erhalten. Die sächsische Landesregierung und die SEP-Landesleitung haben die Landräte und die SEP-Chefredaktoren über einen SMA-Geheimbefehl instruiert und ihnen peinlichste Ausführung und Beachtung empfohlen.

Die SEP-Propagandamaschine wird während der nächsten Wochen auf Hochtouren laufen. Gemäss SMA-Geheimanweisung ist eine Hetze gegen die durch die Bodenreform nicht betroffenen Mittelbauern mit einem Grundbesitz bis zu 100 ha, im Ostzonenjargon "Grossbauern" genannt, zu entfesseln. Es geht darum, Gegensätze zwischen Neubauern und Kleinbauern auf der einen Seite und den sogenannten "Grossbauern" auf der anderen mit dem Ziel der Enteignung der "Grossbauern" heraufzubeschwören.

Unterdessen werden in den sächsischen Landkreisen Landvermessungen als Voraussetzung für eine beabsichtigte neue "Landplanung" vorgenommen. Der Ausbau der Maschinenausleihstationen hat beschleunigt zu erfolgen. Die Feldbestellung ist bereits nach dem in Aussicht genommenen neuen Landplanungssystem vorzunehmen. Danach werden die fünf bis sieben Hektar und in manchen Gegenden auch bis zu zehn Hektar umfassenden Grundstücke der Neubauern zu Grossflächen, also zu Kolchosen und diese wieder in grösseren Landkreisen zu sogenannten "Arbeitskombinaten" zusammengeschlossen. Über Anbau und Abgabepflicht entscheiden die als Vorläufer der Kollektivierung von Ulbricht in der Sitzung des SEP-Politbüros vom 17. Februar 1949 geforderten und zum grossen Teil bereits errichteten Maschinenausleihstationen (MAS). Die MAS sollen nach sowjetischem Muster "das politische und kulturelle Zentrum" des Dorfes bilden, das heisst, den trotz Bodenreform geringen kommunistischen Einfluss auf dem Lande verstärken und die

2/IV/87

- 7 -

27. Juli 1949

durch die Bodenreform in wirtschaftliche Abhängigkeit geratenen Neu- und Kleinbauern für eine Kolchosierung "reif" machen.

Die sogenannten "Grossbauern" werden von jeglicher Hilfe ausgeschlossen. Der SMA-Geheimbefehl ordnet ausdrücklich an, dass diesen Bauern durch die MAS keinerlei Hilfe gewährt werden darf. Sie erhalten keine Maschinen, aber manbürdet ihnen rücksichtslos ein Abgabesoll auf, das höher als das Soll der Neubauern ist und das sie nicht erfüllen können. Die Hilfe durch private Genossenschaften wird durch die vom SEF-Politbüro ebenfalls beschlossene Bildung von "Dorfgenossenschaften", eine Zusammenfassung aller bisherigen landwirtschaftlichen Genossenschaften und ihre Unterstellung unter die MAS, unmöglich gemacht.

Nach dem SMA-Geheimbefehl zu schliessen, hält man in Karlshorst den Zeitpunkt für gekommen, mit radikalen, rücksichtslosen Maßnahmen den letzten Strich unter eine Entwicklung zu setzen, die mit der Kollektivierung der gesamten Ostzonenlandwirtschaft enden wird. (b/339/267/1/he)

=====

Adenauer soll Farbe bekennen

=====

Der Vorstand der SPD hat an den 1. Vorsitzenden der CDU in der Westzonen folgendes Telegramm gerichtet:

"Dr. Adenauer, Böhndorf: Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei stellt fest, dass alle Behauptungen, die Sozialdemokratie sei beim Kampf um das Grundgesetz zu ihrem Nein gegenüber den Wünschen der Alliierten und Christlich-Demokratischen Union auf Grund irgendwelcher Informationen gekommen, in jeder Beziehung frei erfunden sind. Die Behauptung, Professor Carlo Schmid und Dr. Menzel seien am 14. April von einem der höchsten englischen Vertreter in Deutschland informiert worden, ist durch die Erklärung der beiden gleichfalls als Unwahrheit festgestellt worden. Nennen Sie jetzt den Namen der hochgestellten britischen Persönlichkeit! Geben Sie sofort ihre angeblichen Beweismittel bekannt. Versuchen Sie nicht, die Aufklärung der Dinge zu verschleiern und die Wahrheit zu unterdrücken. Sie wissen genau, dass ein Prozess gegen Sie die Richtigkeit unserer Feststellungen praktisch erst nach den Wahlen offenbaren würde. Sie machen vorgeblich den Versuch, mit dem Trick der Anzweiflung des sozialdemokratischen Neins die unbestreitbare Tatsache zu verdecken, dass Sie und Ihre Partei zusammen mit Besatzungsmächten gegen die Notwendigkeiten des deutschen Volkes gearbeitet haben.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Schumacher - Ollenhauer"

Verantwortlich: Peter Baume